

P r o t o k o l l

der Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Liegenschaftsausschusses am 26.08.2013 im Senatssaal

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:24Uhr

Teilnehmer

Herr Thomas Mundt
Herr André Bleckmann
Herr Norbert Braun
Herr Dr. Stefan Fassbinder
Frau Yvonne Görs
Herr Markus Kolbe
Herr Franz-Robert Liskow
Herr Dirk Littmann
Herr Walter Noack
Frau Birgit Socher
Herr Dr. Harald Stegemann

Entschuldigt

Frau Bettina Bruns

Verwaltung

Herr Dietger Wille, Amtsleiter Amt für Wirtschaft und Finanzen
Herr Fabian Feldt, Abteilungsleiter Wirtschaft und Tourismus
Herr Andreas Sappelt, stellv. Amtsleiter Kulturamt i.V. für Frau Anett Hauswald
Herr Wilfried Kremer, Amtsleiter Immobilienverwaltungsamt
Frau Birgit Rosolski, Protokollantin
Herr Falko Ahlswede, Protokollant
Frau Beate Schinkel, Leiterin Stabstelle Stadtsanierung
Frau Katrin Teetz, Beteiligungsmanagement
Herr Ulf Dembski, Dezernent
Frau Petra Demuth, Amtsleiterin Haupt- und Personalamt
Frau Beate Meyn, SB Technologie im Amt f. Wirtschaft und Finanzen

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Informationen zum Stand Stadthaus
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. Jahresabschluss 2012 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Abwasserwerk Greifswald 05/1114
- 5.2. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald gemäß § 3 Abs. 4 ÖPNVG
Dez. I, Beteiligungsmanagement 05/1128
- 5.3. Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur "Gemeinschaft der Klosterstätten in Mecklenburg-Vorpommern e. V."
Dez. III, Amt 41 05/1116
- 5.4. Über- und außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 188.450,- EUR für die befristete Unterbringung des Endarchives des Stadtarchivs Greifswald
Dez. III, Amt 41 05/1126
- 5.5. Außerplanmäßige Ausgabe "Regenentwässerung Am Querfeld"
Dez. II, Amt 60 05/1127
- 5.6. Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2013
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung 05/1120
- 5.7. Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2014 - Prioritätenliste
Dez. II, Stabsstelle Stadtsanierung 05/1119
- 5.8. Nutzung des Gebäudes in der Kapaunenstraße 24
Dez. II, Amt 23 05/1124
- 5.9. 1. Änderungssatzung der Hauptsatzung der UHGW
Dez. I 05/1125

- | | | |
|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| 5.10. | Konzept zur Schaffung von
Beamtenplanstellen in der UHGW ab 2014
<i>Dez. I, Amt 10</i> | 05/1134 |
| 5.11. | Aufhebung der Aussetzung und 1. Änderung
der Satzung über die Gewährung von
Umzugsbeihilfen für Auszubildende und
Studenten mit Hauptwohnung in der UHGW
<i>Dez. I, Amt 20</i> | 05/1133 |
| 5.12. | Beitritt zum Rat der Gemeinden und Regionen
Europas
<i>Bündnis 90 / Die Grünen</i> | 05/1097 |
| 5.13. | Änderung des Produktes 5.4.1.00
Gemeindestraßen
<i>Bündnis 90 / Die Grünen</i> | 05/1103 |
| 5.14. | Entsperrung der HH-Stelle 26100-M13001
- Planung Anbau Theaterhaus
<i>CDU-Fraktion</i> | 05/1102 |
| 5.15. | Schönwalde Begegnungszentrum
<i>SPD-Fraktion</i> | 05/1131 |
| 5.16 | Planung Straßenausbau im OT Riems,
Teilstrecke Wiesenweg und Brooker Weg
<i>Ulla Tesmer, Vorsitzende OTV Riems</i> | 05/1136 |
| 5.17. | UHGW – Bauvorhaben Erweiterungsneubau
Bio- und Plasmatechnikum Greifswald
<i>Dez. I, Amt 20</i> | 05/1137 |
| 6. | Information der Verwaltung | |
| 7. | Fragen, Vorschläge und Anregungen der
Ausschussmitglieder | |
| 8. | Informationen des Ausschussvorsitzenden | |
| 9. | Bestätigung des Protokolls vom 03.06.2013 | |
| 10. | Schluss der Sitzung | |

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Mundt eröffnet die Sitzung mit 11 stimmberechtigten Mitgliedern.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Mundt schlägt vor, unter Pkt. 4.1 noch Informationen zu den Kitas aufzunehmen und kündigt an, dass im Verlauf der Sitzung Herr Dembski teilnehmen wird und zu der Thematik informiert.

Weiterhin möchte Herr Mundt den Punkt 5.5 „Beschluss einer Kostenspaltung für die „Rudolf-Seeliger-Straße“ – im B-Plangebiet Nr. 6 – Technologiepark – zur Beitragsberechnung nach Erschließungsbeitragsatzung“ im nicht öffentlichen Teil behandeln, weil berechnete Interessen einzelner Personen berührt seien, da bereits Verträge existieren. Nach kurzer Diskussion stellt Herr Mundt den Antrag, den Punkt 5.5 nichtöffentlich zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
1 Enthaltung**

Punkt 5.5. wird folglich in den nicht öffentlichen Teil verschoben.

Im Anschluss fragt Herr Dr. Fassbinder, warum der Punkt 2.2 Außerplanmäßige Ausgabe „Regenentwässerung Am Querfeld“ im nicht öffentlichen Teil behandelt werden solle.

Nach kurzer Diskussion kommt es zur Abstimmung, ob Punkt 5.5 im öffentlichen Teil behandelt werden soll.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Somit wird die Vorlage unter Punkt 5.5 im öffentlichen Teil behandelt.

**Abstimmung über die geänderte Tagesordnung: 10 Ja-Stimmen
1 Enthaltung**

Damit ist die geänderte Tagesordnung beschlossen.

Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Es werden keine Wortmeldungen von Einwohnern vorgetragen.

Zu TOP: 4. Informationen zum Stand Stadthaus

Herr Kremer gibt Erläuterungen zum Stand des Projektes Stadthaus Greifswald und bezieht sich dabei auf eine Präsentation (*siehe Anlage*), die den Ausschussmitgliedern bereits zugegangen ist.

Herr Kremer erläutert, dass mittlerweile fast alle Ausschreibungen abgeschlossen sind und der Leistungsstand weit vorangeschritten ist. Weiterhin liegt für das gesamte Projekt keine Budgetüberschreitung vor, sondern eine momentane Kostenunterschreitung von 225.000 EUR. Zur Absicherung von möglichen Risiken wurden 600.000 EUR zusätzlich im Haushaltsjahr 2014 eingestellt.

Voraussichtlich soll das Vorhaben im Februar abgeschlossen sein, wobei sich beim Altbau eventuell noch Verzögerungen von bis zu vier Wochen ergeben könnten. Im März soll die EDV-Technik installiert werden und ab April dann die ersten Umzüge stattfinden.

Im Anschluss an Herrn Kremers Ausführungen macht Herr Wille noch auf zwei Tischvorlagen aufmerksam („Planung Straßenausbau im OT Riems, Teilstrecke Wiesenweg und Brooker Weg“ und zum anderen „UHGW – Bauvorhaben Erweiterungsneubau Bio- und Plasmatechnikum Greifswald“), die in die Planung einfließen müssen.

Es wird einstimmig beschlossen, die vorgenannten Tischvorlagen unter den Punkten 5.16 und 5.17 im öffentlichen Teil zu behandeln.

Informationen zum Sachstand Kita

Herr Dembski erläutert, dass die Unterlagen ab dem 25.06. dem Landkreis vollständig vorlagen und somit Anfang August die Frist abgelaufen ist, ab der man die Schiedsstelle aufsuchen könne. Bis Ende letzter Woche wollte der Landkreis die Höhe der anererkennungsfähigen Gesamtkosten der Kitas mitteilen. Diese Woche sollte eine Verhandlung über die Frage der Kappungsgrenzen geführt werden; bis heute kam jedoch keine Zuarbeit über die Kosten vom Landkreis. Die nächsten Verhandlungstermine sind für die nächste und übernächste Woche angesetzt, aber im Hinblick auf die kommende Bürgerschaftssitzung, in der die Thematik behandelt werden sollte, werde dem 2. Termin nicht zugestimmt. Somit biete sich entweder die Möglichkeit, abzuwarten, wie der Kreis reagiere, oder aber einen Antrag bei der Schiedsstelle zu stellen.

Folglich kann Herr Dembski noch keine Angaben zu konkreten Zahlen machen, da diese frühesten nächste Woche vorliegen.

Herr Dembski erläutert auf Nachfrage von Herrn Mundt noch zusammengefasst die bisherige Beratungsfolge mit dem Kreis.

Herr Mundt fragt weiter nach, was es mit der Vielzahl an neueröffnenden Kitas in Greifswald auf sich habe. Herr Dembski erklärt die Bedarfsplanung für Kitas und kritisiert die des Kreises.

Auf Nachfrage von Herrn Mundt, in wieweit die Stadt Greifswald bei der

Neuerrichtung von Kitas auf städtischem Boden ein Einspruchsrecht habe, weist Herr Dembski darauf hin, dass die Stadt die Möglichkeit hat Leistungsvereinbarungen nicht zu unterzeichnen, gleichfalls sich aber auch Schadenersatzansprüchen aussetzt. Weiterhin bemängelt Herr Dembski, dass die Stadt teilweise nur mangelhaft an den neuen Einrichtungen beteiligt wurde. Frau Socher äußert ihre Verwunderung, dass die Stadt nicht Bescheid wisse, wenn auf städtischem Boden ein Kindergarten gebaut werde. Auf die anschließende Frage zum Spektrum der Platzkosten entgegnet Herr Dembski, dass er erst mit dem Kreis verhandeln müsse, bevor er über konkrete Zahlen informieren könne. Herr Mundt regt folglich eine Sondersitzung an, sobald konkrete Zahlen nach den Verhandlungen vorliegen.

Auf Nachfrage von Frau Socher geht Herr Dembski nochmals darauf ein, dass die Stadt bei vielen neuen Einrichtungen nicht beteiligt wurde und teilweise erst bei Eröffnung Kenntnis davon erlangte. Es schließt sich eine Diskussion an, inwieweit die Stadt ein Mitbestimmungsrecht bei diesen Sachverhalten habe. Herr Noack regt nun auch eine Sondersitzung an. Auf Nachfrage von Frau Görs, ob es ersichtliche Gründe gebe, dass der Kreis die Verhandlungen immer weiter verzögere, antwortet Herr Dembski, dass laut Haushaltssicherungskonzept des Kreises bei den Elternbeiträgen über die Jahre mehr als 700.000 EUR eingespart werden sollen. Die Stadt sei ein im Vergleich teurer Anbieter und je später eine Einigung erzielt werde, desto länger zahle die Stadt drauf. Herr Dembski verneint aber eine Herauszögerung des Kreises. Nach weiteren Diskussionen über Sparzwänge beim Kreis und der Frage von Herrn Kolbe, mit welchen Zahlen Herr Dembski in die Verhandlungen mit dem Kreis treten wolle, entgegnet dieser, dass erst die zulässigen Gesamtkosten und dann die Kappungsgrenzen ermittelt werden müssten.

Nach kurzer Diskussion, inwieweit der Kreis die Kosten der Stadt anzuerkennen hat, beendet Herr Dembski seine Ausführungen.

Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 5.1. Jahresabschluss 2012 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Frau Teetz bringt die Vorlage ein und verweist eingangs darauf, dass die Vorlage bereits im Werksausschuss für das Abwasserwerk ausführlich behandelt wurde. Der Wirtschaftsprüfer habe dort seine Ergebnisse vorgestellt und keine Beanstandungen angemerkt. Herr Noack verweist auf einen Kassenbestand von 6.000.000 EUR und auf Verbindlichkeiten von unter einem Jahr in Höhe von 912.000 EUR und fragt darauf hin nach dem Liquiditätsmanagement des Abwasserwerkes. Frau Teetz führt auf, dass es eine Reihe von Investitionen gibt, die 2012 nicht mehr zahlungswirksam geworden sind, für die aber die

entsprechenden Zahlungsmittel noch 2012 bereitgestellt wurden. Frau Socher fragt im Hinblick auf die im Bericht erwähnten nötigen Maßnahmen zur Reinigung bzw. Verbrennung des Kehrschlammes sowie den Eintrag von Medikamenten, ob eine dadurch eventuelle notwendige dritte oder sogar vierte Reinigungsphase die Kosten weiter steigen lassen würde. Frau Teetz bejaht dies, weist aber darauf hin, dass das Gesetz dafür zurzeit noch nicht beschlossen ist und man die möglichen Übergangsfristen abwarten müsse. Herr Dr. Stegemann gibt an, in nächster Zeit keine drastischen Kostensteigerungen erkennen zu können. Herr Dr. Stegemann weist des Weiteren darauf hin, dass 7.000.000 EUR Umsatz 1.000.000 EUR Gewinn gegenüberstehen und er das im Hinblick auf die Gebührenzahler beachtlich findet. Frau Teetz gibt kurze Erläuterungen zur Gebührensatzung und verweist auf die nächste Bürgerschaftssitzung, in der eine Änderung der Gebührensatzung eingebracht werden soll.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung**

Zu TOP: 5.2. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald gemäß § 3 Abs. 4 ÖPNVG

Herr Littmann fragt, ob die 400.000 EUR direkt in den städtischen Haushalt einfließen oder ob die Summe an die Stadtwerke überwiesen wird. Frau Teetz antwortet, dass die 400.000 EUR in den städtischen Haushalt fließen. Herr Dr. Stegemann fragt, ob der Vertrag ausverhandelt ist und auf beiden Seiten Konsens besteht. Fraglich sei, so Frau Teetz, ob für die Selbstdurchführung der Vergabeverfahren der Konzession eine gemeinsame Behörde mit dem Kreis gebildet werden müsse. In diesem Zusammenhang wurde das IM um Stellungnahme gebeten. Bis zur nächsten Bürgerschaftssitzung sollte die Thematik geklärt sein und im Vertrag wird der Passus zur Bildung einer eigenen Behörde je nach Prüfungsergebnis stehengelassen oder noch herausgenommen.

Frau Socher weist auf die kontroverse Diskussion im Kreis, gerade in den östlichen Landesteilen, über den Vertragsentwurf hin. Frau Görs wirft die Frage auf, warum der ganze Prozess über 1,5 Jahre gedauert habe. Frau Socher vermutet dahinter unklare Zuständigkeiten, die erst über einem Jahr nach der Kreisgebietsreform geklärt wurden. Auf die Nachfrage nach dem möglicherweise entstandenen Schaden bei der Stadt antwortet Frau Teetz, dass die Stadt für 2012 und 2013 eine Ausgleichszahlung bekomme. So wären dass für dieses Haushaltsjahr ca. 800.000 EUR. Der tatsächliche Verlust betrage 1.400.000 EUR. Da die Stadt den steuerlichen Querverbund nutzt, wäre der tatsächliche Vorteil bei ca. 400.000 EUR anzusetzen.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.3. Beitritt der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zur "Gemeinschaft der Klosterstätten in Mecklenburg-Vorpommern e. V."

Es besteht kein Diskussionsbedarf, über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: 5.4. Über- und außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 188.450,- Euro für die befristete Unterbringung des Endarchives des Stadtarchivs Greifswald

Herr Sappelt bringt die Vorlage ein und erläutert, dass die bisherigen Räume in der Arndtstraße 2 für eine sachgemäße Lagerung von Archiven nicht mehr ausreichen und weist auf Schimmelbefall und die Gefahr hin, dass die Substanz des Archives angegriffen werden könne. Deshalb soll in der Beruflichen Schule in der Siemensallee ein Raum vom Kreis angemietet und für die vorübergehende Unterbringung hergerichtet und genutzt werden. Herr Sappelt erläutert weiter die geplanten Maßnahmen laut Beschlussvorlage. Frau Socher informiert, dass der Bildungsausschuss vor der Sommerpause eine Ortsbesichtigung durchführte und das Archiv auf sie einen beängstigenden Eindruck machte. Die Maßnahmen seien seit Jahren immer wieder verschoben worden und so spricht Frau Socher sich für die Vorlage aus. Herr Noack merkt an, dass die investierte Summe im Verhältnis zu der relativ kleinen Frist bis 2018 sehr hoch ausfalle. Herr Sappelt entgegnet, dass die Fahrregalanlage und die Klimaanlage auch im künftigen neuen Archiv genutzt werden können. Daran schließt sich eine kurze Diskussion über die anzukaufenden Kartons und über Art und Beschaffenheit des Archivguts an.

Herr Mundt möchte wissen, wem die Sporthalle dort gehört und inwieweit diese als Archiv nutzbar wäre. Herr Kremer teilt mit, dass die Vermögensauseinandersetzung mit dem Kreis noch nicht abgeschlossen sei, die Halle aber wahrscheinlich bei der Stadt bleibe.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen

1 Gegenstimmen

2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: *Außerplanmäßige Ausgabe "Regenentwässerung Am Querfeld"*
5.5.

Es besteht kein Diskussionsbedarf, über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen

Zu TOP: *Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2013*
5.6.

Es besteht kein Diskussionsbedarf, über die Vorlage wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
1 Stimmenthaltung**

Zu TOP: *Mittelbeantragung Sanierungsprogramme 2014 - Prioritätenliste*
5.7.

Herr Dr. Fassbinder äußert seine Verwunderung über die ausgewiesenen 2.500.000 EUR Städtebauförderung für die Arndtschule in der Kategorie B und fragt nach dem städtischen Eigenanteil der Maßnahme. Frau Schinkel informiert über einen zusätzlichen Eigenanteil von 25 % der Gesamtkosten.

Frau Socher äußert ihre Verwunderung, dass neben der Fischerschule und dem Humboldt-Gymnasium auch die Arndt-Schule behandelt werden solle.

Herr Wille führt dazu aus, dass sich die Verwaltung schon längere Zeit mit der Arndt-Schule befasse und es dort eine Reihe von Defiziten gebe. Herr Kremer weist darauf hin, dass im Haushalt 2013 bereits Mittel in Höhe von 600.000 EUR eingestellt seien und somit die Maßnahme schon länger geplant sei. Dazu erläutert Herr Kremer einige Bereiche, die von der Sanierung betroffen sein werden. Frau Schinkel und Herr Wille weisen nochmals auf die von längerer Hand geplanten Maßnahmen hin (Brandschutz, Dach,...) und Herr Wille zeigt auf, dass eine Komplexsanierung hier der wirtschaftlichere Weg sei und der Durchführbarkeit hier nichts im Wege stehe, da die Stadt auch Schulträger ist. Herr Littmann fragt nach, ob der angesprochene Brandschutz für die Arndtschule nicht schon erledigt sei. Herr Kremer zählt die noch abzuschließenden Maßnahmen (Dämmung, Dachgeschoss, Trittschalldämmung) auf und weist nochmals darauf hin, dass hier für relativ wenig Geld viele Maßnahmen umgesetzt werden könnten. Herr Dr. Fassbinder meldet Bedenken an, ob er das so mittragen könne. Zudem merkt er im Hinblick auf Kategorie C (diverse Straßen) und Kategorie D (z. B. Klex) an, dass sich seine Fraktion auch vorstellen könne, weniger in Straßen und dafür mehr in die Jugend zu investieren.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
6 Stimmenthaltungen**

Zu TOP: *Nutzung des Gebäudes in der Kapaunenstraße 24*
5.8.

Herr Dr. Fassbinder kritisiert generell die Nutzung von Kita und Verwaltung in einem Haus und sieht die Kita durch die Verwaltung belastet. Folglich regt er an, die Chance zu nutzen, die Kita stattdessen großzügiger zu gestalten. Herr Kremer weist darauf hin, dass für eine Kitanutzung ein Nutzungsänderungsantrag gestellt werden müsste, wobei die Aufwendungen größer wären, als für die Verwaltungsnutzung eine Instandsetzung durchzuführen. Zudem sieht Herr Kremer für eine große Menge von Akten keinen Ausweichort zur Lagerung. Dem schließt sich eine kurze Diskussion an, wie Prüfaufträge dazu in der Vergangenheit verliefen und ob für mehr Kitaplätze überhaupt Bedarf bestünde. Man kommt zu der Erkenntnis, dass in der Vergangenheit mehrmals eine Erweiterung der vorhandenen Kita aus Sicherheits- aber auch aus Platzgründen abgelehnt wurde.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
3 Stimmenthaltungen**

Zu TOP: *1. Änderungssatzung der Hauptsatzung der UHGW*
5.9.

Herr Dr. Stegemann hat zu den Punkten 11 und 12 des § 5 Abs. 5 der Hauptsatzung eine Anmerkung, wobei es explizit um Punkt 12 geht und Herr Dr. Stegemann mit Hinblick auf die umfangreichen Vorlagen die Frage aufwirft, ob sich der Hauptausschuss zwingend mit den unter Punkt 12 aufgeführten Belangen befassen muss.

Nach kontroverser Diskussion, ob nun über die Änderungssatzung oder über die geänderte Hauptsatzung an sich abgestimmt wird, kommt man zu keinem abschließenden Ergebnis.

Es ergeht der Prüfauftrag an die Verwaltung, zu klären, ob über die Hauptsatzung noch einmal komplett neu abgestimmt werden müsse oder ob die Abstimmung über die Änderungssatzung genüge.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen**

Zu TOP: *Konzept zur Schaffung von Beamtenplanstellen in der UHGW ab 2014*
5.10

Frau Demuth bringt die Vorlage ein und erläutert, dass nach dem Konzept 99 Stellen in Beamtenstellen umzuwandeln seien und diese Umwandlung auf Grund vieler bereits besetzter Stellen ca. 40 Jahre dauern würde. Neben rechtlichen Vorgaben für Beamtenstellen führt Frau Demuth auch personalwirtschaftliche Aspekte an und verweist auf die von der Stadt ausgebildeten Beamtenanwärter, die mangels Perspektive die Stadt nach der Ausbildung häufig verlassen.

Frau Demuth erläutert weiter, dass bis zum Jahr 2023 ca. 100 Mitarbeiter aus der Kernverwaltung ins Rentenalter eintreten werden und zugleich Bewerbungen von qualifiziertem Personal stark rückläufig sind und somit Beamtenstellen ein Wettbewerbsvorteil um Personal für die UHGW seien, da die Attraktivität des Arbeitgebers gesteigert werde. Im Anschluss erläutert Frau Demuth anhand einer Präsentation (*siehe Anlage*) die aus dem Konzept resultierenden Kosten für die UHGW. Auf eine Nachfrage von Herrn Mundt zu den Rückstellungen entgegnet Frau Demuth, dass diese nicht zahlungswirksam sind und nur den Ergebnishaushalt belasten werden. Dies wird sich auf einem gewissen Level einpegeln und nicht weiter steigern, da Stellen von ausgeschiedenen Beamten von neuen Beamten besetzt würden und somit eine neue Rückstellungsbildung erfolge.

Herr Noack äußert sich kritisch und geht nicht von einem Wettbewerbsvorteil für die UHGW durch die Beamtenstellen aus, sondern wünscht sich die Zahl der Beamtenstellen so klein wie möglich zu halten. Herr Dr. Stegemann äußert zwar Verständnis für das Konzept, findet den Umfang allerdings auch zu weitreichend und weist darauf hin, dass die Bürgerschaft durch solche ein Konzept nicht gebunden sei, da jede Stellenplanänderung im Einzelfall zu beraten ist.

Frau Demuth entgegnet, dass es in erster Linie um die im Konzept benannten 16 Stellen gehe, die die Verwaltung schon im Stellenplan 2014 umwandeln möchte. Die anderen Stellen seien als weitere Möglichkeiten zu verstehen. Auf Nachfrage von Herrn Mundt erklärt Frau Demuth, dass es sich größtenteils um neue Stellen und nicht um Umwandlungen handle. Herr Dr. Fassbinder kritisiert, dass überhaupt an solch einem Konzept gearbeitet werde, wo in der Organisationsstruktur der Verwaltung doch noch nicht einmal die Änderungen durch die Kreisgebietsreform berücksichtigt wurden und möchte die Schaffung von Beamtenstellen entgegen dem Konzept so gering wie möglich halten. Herr Braun und Herr Liskow äußern sich ebenfalls kritisch und schließen sich den Argumenten der Vorredner an.

Herr Wille erläutert, dass es sich bei dem Konzept um eine Vereinbarung für das mittelfristige Vorgehen in der Sache handelt und in jedem Fall immer Einzelentscheidungen zu den Stellen zu treffen sind. Nach weiterer kurzer Diskussion wird über die Vorlage abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 6 Nein-Stimmen
5 Stimmenthaltungen**

Frau Socher verlässt den Raum (noch 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend).

Zu TOP: *Aufhebung der Aussetzung und 1. Änderung der Satzung über die
5.11* *Gewährung von Umzugsbeihilfen für Auszubildende und Studenten mit
Hauptwohnung in der UHGW*

Herr Wille bringt die Vorlage kurz ein.

Es besteht kein Diskussionsbedarf, über die Vorlage wird abgestimmt

**Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen**

Zu TOP: *Beitritt zum Rat der Gemeinden und Regionen Europas
5.12.*

Nach kurzer Verständigung, warum die Vorlage im Finanzausschuss behandelt werde (ggf. zu erstattende Fahrtkosten etc.), ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen
2 Stimmenthaltungen**

Frau Socher betritt den Raum (wieder 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend).

Zu TOP: *Änderung des Produktes 5.4.1.00 Gemeindestraßen
5.13.*

Herr Dr. Fassbinder bringt die Vorlage ein und erläutert die Intention, die Gelder für Straßen und Wege entsprechend der mehrheitlichen Nutzung der Bevölkerung (durch Radfahrer) aufzuteilen und kritisiert gleichzeitig die seiner Meinung nach bestehende momentane Bevorzugung einer Minderheit (Kfz-Fahrer). Herr Mundt hinterfragt die vorgelegten Zahlenwerte und gibt zu bedenken, dass die Veränderung Greifswalds zur Kreisstadt im Hinblick auf die Verkehrsbelastung nicht berücksichtigt wurde. Herr Dr. Fassbinder entgegnet, dass die Zahlen aus einer vom Bund geförderten Studie (Modal-Split) stammen und er eine Mehrbelastung aus dem Kreisstadtstatus nicht erkennen könne.

Herr Liskow sieht keinen Änderungsbedarf zur aktuellen Verfahrensweise und verweist darauf, dass bis jetzt bei zu erneuernden Straßen

die Radwege in der Regel mit den Straßen miterneuert wurden.

Frau Socher fragt nach Erfahrungen anderer Städte mit dem Modal-Split, dies entzieht sich allerdings Herrn Dr. Fassbinders Kenntnis. Herr Dr. Braun sieht den gewerblichen Verkehr in der Vorlage nicht berücksichtigt und gibt an, dass er sich aufgrund der möglichen Ausnahmeregelungen keine ernsthaften Auswirkungen des Beschlusses in der Praxis vorstellen kann.

Herr Bleckmann begrüßt den Ansatz, über die Proportionen der Investitionen neu nachzudenken, kritisiert aber auch die Methode des Modal-Splits als Grundlage der Zahlen, auf denen die Verteilung erfolgen soll. Herr Noack kritisiert die Einteilung der Autofahrer als Minderheit und lehnt die Vorlage ebenfalls ab.

Herr Wille bittet unabhängig von der inhaltlichen Diskussion, Produktänderungswünsche dieser Art noch einige Jahre nach hinten zu verschieben, da verwaltungsseitig das Controlling dazu noch gar nicht in der Lage sei und es sich um ein technisch sehr aufwändiges Verfahren handle. Eine einseitige Verkehrspolitik der letzten Jahre kann auch Herr Wille nicht erkennen und äußert sich zudem ebenso kritisch zum Modal-Split als Grundlage.

Herr Dr. Fassbinder sieht Greifswald als Fahrradstadt noch sehr entwicklungsbedürftig, erkennt aber erste Fortschritte der letzten Jahre an und erklärt noch einmal, warum er die Aufhebung des seiner Meinung nach bestehenden Ungleichgewichts in der Investitionsverteilung wichtig findet.

Über die Vorlage wird abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
4 Stimmenthaltungen**

Zu TOP: *Entsperrung der HH-Stelle 26100-M13001*
5.14. *- Planung Anbau Theaterhaus*

Herr Mundt beantragt Rederecht für Herrn Adler, den persönlichen Referenten des Theaterintendanten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Mundt bringt die Vorlage ein. Herr Dr. Fassbinder erläutert, dass der Sperrvermerk aus gutem Grund gesetzt wurde und hält es im Moment nicht sinnvoll in das Theater zu investieren, da man nicht wisse, wo man in zwei oder drei Jahren mit dem Theater stehe.

Auf Nachfrage von Herrn Noack erläutert Herr Adler, warum aus Sicht

des Theaters Bedarf bestehe. Er weist auf den unzureichenden Proberaum Herrenhofen hin und erläutert, dass (egal welches Theatermodell umgesetzt wird) auch in Zukunft großer Bedarf an geeigneten Proberäumen bestehe. Auch Räumlichkeiten für eine mittelgroße Spielstätte würden fehlen und die Kantine des Theaters im Dachgeschoss beeinflusse den Probenbetrieb zusätzlich.

Frau Socher unterstützt Herrn Adlers Argumentation. Nach Herrn Littmann spricht sich die SPD-Fraktion für das Theater aus, kann aber eher der Argumentation von Herrn Dr. Fassbinder folgen. Herr Dr. Stegemann betont die generelle Bekenntnis der Bürgerschaft zum Theater, findet aber nicht, dass man sich das im Moment leisten könnte und sollte und verweist auf den Sanierungstau vieler öffentlicher Gebäude.

Nach weiterer kurzer Diskussion wird über die Vorlage abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen
6 Gegenstimmen
1 Stimmenthaltungen**

Zu TOP: *Schönwalde Begegnungszentrum*
5.15.

Herr Littmann bringt die Vorlage ein. Nach anfänglicher Diskussion über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vereines und die bestehenden Mietverhältnisse, die beide nicht hinreichend bekannt sind, einigt man sich auf Frau Görs Vorschlag, dass die SPD-Fraktion die Vorlage zurückzieht. Sobald weitere Informationen vorliegen, wird die Thematik im nächsten Sozialausschuss oder im Hauptausschuss behandelt.

Es erfolgt keine Abstimmung, der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu TOP: *Planung Straßenausbau im OT Riems, Teilstrecke Wiesenweg und*
5.16 *Brooker Weg*

Herr Mundt trägt die Vorlage kurz vor. Herr Dr. Fassbinder fragt nach der vorherigen Bürgerbeteiligung in dieser Angelegenheit. Von der OTV Riems ist allerdings niemand anwesend, der Auskunft geben kann. Es wird angeregt, die Vorlage in die nächste Sitzung zu verschieben oder in die Haushaltsberatung zu übergeben.

Es erfolgt keine Abstimmung, die Vorlage soll in der Haushaltsberatung behandelt werden.

Zu TOP: 5.17 *UHGW – Bauvorhaben Erweiterungsneubau Bio- und Plasmatechnikum Greifswald*

Herr Wille bringt die Vorlage ein und erläutert, dass aufgrund der neuen Honorarordnung Kostensteigerung eingetreten sind, diese aber unumgänglich sind, um fundierte Unterlagen für das weitere Vorgehen (Fördermittelbeantragung, Bürgerschaftsentscheidung,...) zu erhalten. Frau Meyn erläutert die Notwendigkeit einer Entwurfsplanung für die Beantragung einer Förderung für das Bauvorhaben beim Wirtschaftsministerium und erläutert die Änderungen der HOAI (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure) und zeigt auf, wie sich diese im Einzelnen als Kostensteigerungen auswirken.

Es besteht kein Diskussionsbedarf, über die Vorlage wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
3 Gegenstimmen
2 Stimmenthaltungen

Zu TOP: 6. *Information der Verwaltung*

- *Zwischenbericht zur Umsetzung des Haushaltsplanes 2013 (a)*
- *Haushaltsplanung 2014 (b)*
- *Allgemeine Informationen zum Controlling und Rechnungswesen in der Doppik (c)*

c)
Eingangs führt Herr Wille kurz in die Thematik zum Aufbau eines Controlling Systems in der UHGW ein. Dazu merkt Herr Wille an, dass zur erfolgreichen Nutzung eines Controlling Systems zuerst grundlegende Dinge, wie das Rechnungswesen (Buchungen, Auftragsvergaben,...) reibungslos funktionieren müssten, die Verwaltung an dieser Stelle aber noch nicht so weit sei. Aufgrund der geringen Informationslage zum Controlling für die öffentliche Verwaltung in der Doppik in Mecklenburg-Vorpommern habe die Verwaltung eine externe Beratungsfirma, das Institut für Public Management, hinzugezogen und mehrere Workshops zur Thematik abgehalten. Anschließend erläutert Herr Wille anhand einer Präsentation (siehe Anlage) den Sachstand zum „Aufbau eines Controlling-Systems für die doppische Haushaltsführung“. Auf Nachfrage von Herrn Braun nach einer monatlichen Abrechnung mit dem Aufbau Plan, Ist und Vorjahr für die Verwaltung (vergleichbar mit einer betriebswirtschaftlichen Abrechnung aus der Privatwirtschaft) entgegnet Herr Wille, dass solch ein Instrument zurzeit noch nicht vorliegt.

a)

Anschließend stellt Herr Kulikowski (Student öff. Verwaltung, zurzeit im Praktikum bei der UHGW) den „Erwartungsbericht zum Haushalt des Jahres 2013“ vor und erläutert alle dort genannten Punkte kurz (siehe Anlage).

Herr Dr. Fassbinder begrüßt den hier von der Verwaltung eingeschlagenen Weg, Frau Socher wünscht sich künftig noch eine Aufschlüsselung für die jeweiligen Teilhaushalte.

b)

Nachfolgend erläutert Herr Wille den Stand der Planungen für das Haushaltjahr 2014. Derzeit ist für den laufenden Verwaltungsbereich ein Fehlbetrag von 12 Mio. EUR aufgewiesen, es wird aber in der Verwaltung noch intensiv an einer Reduzierung gearbeitet. Die Ergebnisse werden dann dem Ausschuss detailliert vorgestellt. Im Anschluss geht Herr Wille auf die Prioritätenliste für das Haushaltsjahr 2014 ein, die heute vorgestellt wird. Es handelt sich hierbei noch um eine Arbeitsversion, die fertige Liste wird Ende der Woche per E-Mail übermittelt.

Verwaltungsseitig wurde entschieden, Maßnahmen nicht nur deshalb zu privilegieren, weil es für diese Fördermittel gibt. Deshalb gibt es eine Änderung bei den Kategorien auf nur noch drei. Unaufschiebbar Maßnahmen (ehem. Kategorie null) sowie solche mit hohen Förderquoten (Kategorie eins) sind jetzt gemeinsam in Kategorie eins zusammengefasst, Kategorie zwei umfasst weiterhin Maßnahmen bis 50.000 EUR und in Kategorie drei sind die größeren Maßnahmen aufgeführt. Für 2014 liegen Haushaltsanmeldung von einem Investitionsvolumen in Höhe von 19,1 Mio. EUR vor, wovon lediglich 16,1 Mio. EUR finanzierbar sind. 2015 sind bereits 5,1 Mio. EUR, 2016 6,4 Mio. EUR und 2017 5,3 Mio. EUR nicht finanzierbar.

Herr Wille verweist kurz auf einige größere Maßnahmen aus Kategorie eins wie das Stadthaus, die Kollwitz-Schule, den Museumshafen oder auch Herrenhufen-Nord.

Weitere Projekte aus Kategorie drei (u.a. Fischerschule, Humboldt-Gymnasium, Orchesteranbau, Sanierung des Klex oder auch diverse Turn- und Sporthallen) sind Maßnahmen, die noch durch Planungen und Beschlüsse unterlegt werden müssen.

Herr Wille erläutert kurz die geplante Kreditfinanzierung zum Bau des Plasmatechnikums und weist nachdrücklich darauf hin, dass er das Projekt im Hinblick auf die Wirtschaftsförderung der Stadt für sehr wichtig hält. Konkurrenz in der Finanzierung zu anderen Projekten, wie Schulsanierungen, erkennt Herr Wille nicht.

Zu den Kategorien eins und drei erläutert Herr Wille, dass diese Liste als Grundlage für die Haushaltsplanung dient und bittet die Mitglieder, ggf. auch Änderungsvorschläge für die Liste einzubringen.

Auf Nachfrage von Dr. Fassbinder zum Zeitplan des Haushalts 2013 entgegnet Herr Wille, dass er die Planung ursprünglich in der Bürgerschaftssitzung am 16.09. vorstellen wollte, sieht den Zeitplan aber kritisch und möchte ggf. mit Sondersitzungen arbeiten.

Zu TOP: 7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder

keine

Zu TOP: 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Auf Bitten von Herrn Mundt gibt Herr Bleckmann kurze Erläuterungen zur Eröffnungsbilanz. Herr Bleckmann geht davon aus, dass die Eröffnungsbilanz bis Ende des Jahres fertiggestellt werden könne und möchte diese in der letzten Bürgerschaftssitzung diesen Jahres zusammen mit dem Haushalt genehmigen lassen.

Zu TOP: 9. Bestätigung des Protokolls vom 03.06.2013

**Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen
4 Stimmenthaltungen**

Zu TOP: 10. Schluss der Sitzung

Herr Mundt beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:24 Uhr.

Thomas Mundt
Ausschussvorsitzender

Falko Ahlswede
Protokollant